

## 13. ZUSAMMENFASSUNG

Aufgrund der geringen Anzahl von Kriegsgefangenen, die während des *phoney war* in britische Hände fielen, war das Interesse an Fragen der Kriegsgefangenenpolitik in London zu Beginn des Krieges gering. Erst die im Frühsommer 1940 gegen die so genannten *enemy aliens* rigoros durchgeführte Internierungspolitik, die nicht zuletzt als Reflex auf die in der britischen Bevölkerung artikulierte Angst vor einer bevorstehenden deutschen Invasion interpretiert werden muss, führte dazu, dass auch die gefangen genommenen deutschen Soldaten sowohl in den Blickpunkt der britischen Regierung als auch der Öffentlichkeit gerieten – zumal ihre Zahl im Mai 1940 nach der Kapitulation Hollands angewachsen war, nachdem die Alliierten deutsche Kriegsgefangene vom Festland nach Großbritannien transportiert hatten.

Angesichts der angespannten Stimmung im Land, die durch Gerüchte über eine „Fünfte Kolonne“ (bestehend aus *enemy aliens* und Kriegsgefangenen) weiter angeheizt wurde, forderte der neue Premier Churchill, der anders als die vorherige Labour-Regierung nicht mehr zwischen Nationalsozialisten und den „anderen“ Deutschen unterschied, bereits Ende Mai aus Sicherheitsgründen alle Internierten außer Landes zu schaffen. Konfrontiert mit der drohenden französischen Kapitulation, beauftragte die britische Regierung die geheim agierende *Home Defence Security Executive* schließlich damit, entsprechende Pläne zu entwickeln. In den folgenden Wochen und Monaten verselbstständigte sich diese von immer aggressiveren Forderungen bezüglich der Internierung von Emigranten begleitete Politik. Auch die deutschen *Prisoners of War*, die in Lagern in Großbritannien untergebracht waren, erschienen nun als eine akute Gefahr für die innere Sicherheit. Während sich die bisherigen Überlegungen hinsichtlich einer Deportation der Lagerinsassen lediglich auf die Zivilinternierten erstreckt hatten, schlug die unabhängig vom Außenministerium agierende HD(S)E daher vor, auch alle Kriegsgefangenen außer Landes zu bringen.

Nach erfolgreichen Sondierungsgesprächen mit den Dominions begann dann Mitte Juni 1940 die Verschiffung von Zivilinternierten und Kriegsgefangenen nach Kanada, Australien und Neuseeland. Obwohl das *Foreign Office* völkerrechtliche Bedenken hatte, da es fürchtete, der Transport von Kriegsgefangenen außer Landes könne als Verstoß gegen die Genfer Konvention angesehen werden, und trotz der Kritik, die in Großbritannien, insbesondere nach der Versenkung des Transportschiffes *Arandorra Star*, laut wurde, das sowohl deutsche Flüchtlinge als auch Kriegsgefangene an Bord hatte, führte die britische Regierung ihre Deportationspolitik fort.

Diese radikale Vorgehensweise gegenüber den Deutschen erscheint um so auffälliger, wenn man sie vor dem Hintergrund des britischen Umgangs mit den italienischen Kriegsgefangenen betrachtet. Die in britischen Dokumenten zu findenden Stereotype vom „lustigen Italiener“, der als „gutmütiger Landarbeiter“ kaum an Politik interessiert sei und vom „fanatischen deutschen National-

sozialisten“, der als erbitterter Feind angesehen wurde, führten dazu, dass italienische Kriegsgefangene bereits im Winter 1940/41 in Großbritannien zur Arbeit in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, während die während des *Battle of Britain* gefangen genommenen deutschen Soldaten schnellstmöglichst außer Landes gebracht wurden.

Deutsche Kriegsgefangene betrachtete man erst viel später, als nach der Kapitulation Italiens der Status der Italiener fragwürdig geworden war, als potentielle Arbeitskräfte. Doch noch im Winter 1943/44 als das Landwirtschaftsministerium nach wiederholtem Drängen die Erlaubnis erhielt, eine begrenzte Anzahl deutscher Kriegsgefangener als Arbeitskräfte einzusetzen, scheint diese Politik aufgrund des noch bestehenden Misstrauens gegenüber den Deutschen, die immer noch in erster Linie als Sicherheitsrisiko angesehen wurden, eher als Experiment gedacht gewesen zu sein. Denn trotz des prekären Arbeitskräftemangels änderte sich an der grundsätzlichen Deportationspolitik der Regierung nichts.

Welches Ausmaß die feindliche Haltung der britischen Regierung, insbesondere aber Churchills selbst, gegenüber den Deutschen in den Jahren 1942/43 erreicht hat, lässt sich anhand der an Kriegsgefangenen vorgenommenen Vergeltungsmaßnahmen dokumentieren. Besonders die im Anschluss an den anglokanadischen Dieppe Feldzug im Spätsommer 1942 durchgeführten Fesselungen von deutschen Kriegsgefangenen, als Reaktion auf die Fesselung britischer und kanadischer Kriegsgefangener auf deutscher Seite, eskalierten zu einer Krise, die nicht nur das Wohlbefinden der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten ernsthaft gefährdete und die Verhandlungen über einen bevorstehenden Gefangenen austausch stagnieren ließ, sondern die darüber hinaus auch das Verhältnis Großbritanniens zu seinen Verbündeten belastete. Die britischen Kabinettsunterlagen zeigen, dass Churchill in dieser Krise zunächst keineswegs bereit war, den Deutschen Zugeständnisse zu machen. Erst auf Druck der amerikanischen und insbesondere der kanadischen Regierung, die sich aus Angst vor den Folgen für ihre eigenen, in deutscher Hand befindlichen Soldaten weigerten, der Aufforderung Großbritanniens zu folgen und weitere deutsche Kriegsgefangene zu fesseln, gab der britische Premier nach. Diese so genannte „Fesselungsaffäre“ macht deutlich, dass das Kriegsvölkerrecht von den Briten nicht aus altruistischen Motiven eingehalten wurde, sondern in dem Bewusstsein, dass die Gegenseite ebenfalls Gefangene hatte, die sie als Geiseln einsetzen konnte. Bemerkenswerterweise gab es aber auch in dieser Krise auf beiden Seiten Menschen wie James von Moltke und George Warner, die gleichsam „hinter den Kulissen“ der aus gegenseitigen Androhungen bestehenden Politik bemüht waren, mäßigend auf ihre Regierungen einzuwirken, da sie die Überzeugung teilten, dass das in der Genfer Konvention verbriefte Kriegsvölkerrecht auch unter den Bedingungen eines Weltkrieges zum Wohle aller eingehalten werden müsse.

Die in Folge der alliierten Landung in der Normandie sprunghaft angestiegene Zahl deutscher Kriegsgefangener in Großbritannien und die gleichzeitig entstandene Notwendigkeit, die italienischen Kriegsgefangenen, die als Arbeitskräfte in großem Umfang in der Landwirtschaft tätig waren, zu ersetzen, führten

schließlich zu einer grundlegenden Wende der britischen Kriegsgefangenenpolitik. Im Herbst 1944 beschloss das britische Kriegskabinett, deutsche Kriegsgefangene nicht mehr wie bisher außer Landes zu bringen, sondern sie im großen Stil als Arbeitskräfte einzusetzen. Somit wird deutlich, wie sehr die britische Kriegsgefangenenpolitik letztendlich von pragmatischen Determinanten bestimmt wurde.

Diese Entscheidung für den Arbeitseinsatz korrelierte mit einer grundsätzlichen Wandlung in der britischen Einstellung gegenüber den Deutschen, die sich nicht zuletzt im *Foreign Office* bemerkbar machte, das im Rahmen der Nachkriegsplanung begonnen hatte, ein Re-education-Konzept für Deutschland zu entwickeln. Länger und gründlicher als die anderen Siegermächte beschäftigte sich Großbritannien mit der Umerziehung des deutschen Volkes. Waren in den ersten Kriegsjahren alle Überlegungen aus Labour- und Gewerkschaftskreisen, die in Kontakt zu deutschen Exilanten standen, deutsche Kriegsgefangene im Sinne der Demokratie umzuerziehen, von der britischen Regierung mit dem Hinweis abgelehnt worden, dass ein solches Programm in Großbritannien nicht zu verwirklichen sei, da die Gefangenen ja weitertransportiert würden, so setzte sich im Herbst 1944 die Idee durch, deutsche Kriegsgefangene demokratisch zu schulen, um sie später im Rahmen der britischen Besatzung in Deutschland einsetzen zu können. Entgegen den im Nachhinein oft betonten idealistischen Motiven der Umerziehung ging es insbesondere den Militärbefehlshabern, die die Besatzungspolitik in Deutschland koordinieren mussten, dabei durchaus um pragmatische Ziele. Denn nur wenn genügend kooperationsbereite, der Demokratie gegenüber aufgeschlossene Deutsche gefunden werden konnten, war die Verwaltung und der wirtschaftliche Wiederaufbau der Besatzungszone entsprechend des von den Briten favorisierten Herrschaftsmodells der *Indirect Rule* zu bewerkstelligen.

Nachdem sich die Briten nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands keine Sorgen mehr wegen der Behandlung der eigenen Gefangenen zu machen brauchten, wurde im Sommer 1945 mit der Umsetzung des Umerziehungsprogramms in den Lagern begonnen. Die Organisation und Umsetzung dieser Aufgabe fiel dabei der *Political Warfare Executive* im *Foreign Office* zu, die im Rahmen ihrer Propagandaarbeit sowohl deutsche Emigranten als auch Kriegsgefangene eingesetzt hatte. Bereits 1943 war Waldemar von Knöringen als Mitarbeiter der PWE nach Tunis gefahren, wo er unter dem Decknamen Captain Holt deutsche Kriegsgefangene ausgewählt hatte, die bereit waren, an britischen Radiosendungen mitzuarbeiten.

Ein Jahr später entstand im Kriegsgefangenenlager Ascot unter strenger Geheimhaltung ein erstes größeres Schulungslager für kooperationsbereite Kriegsgefangene, das als Vorläufer des später berühmt gewordenen Schulungszentrums Wilton Park angesehen werden kann. Bei diesen britischen Bemühungen um Zusammenarbeit mit den deutschen Kriegsgefangenen spielte vor allem der Konkurrenzdruck gegenüber den Russen eine wichtige Rolle. So wurden insbesondere nach der Gründung des NKFD mehrere, oft jedoch halbherzig wirken-

de Versuche unternommen, die deutschen Kriegsgefangenen, insbesondere die höheren Ränge, zur Kooperation mit britischen Stellen zu bewegen. Allerdings ging es den Briten dabei nicht nur um den Einsatz einzelner Kriegsgefangener in der britischen Propaganda. Wenngleich dies die vorrangige Zielsetzung der Militärs gewesen zu sein scheint, korrelierten diese Versuche mit dem Anliegen von Psychologen, Kirchenvertretern, Linken und deutschen Emigranten, die sich um ein neues Denken bei den Gefangenen bemühten, die ihre politische Überzeugung grundsätzlich ändern und schließlich den von den Engländern erhofften „deep change of heart“ vollziehen sollten.

Die von der so genannte „Maschke Kommission“ angesammelten Materialien sowie die Seminarunterlagen aus Wilton Park belegen, dass diese Re-education als umfangreiches Konzept verstanden wurde, das nicht nur Vorträge, Seminare und Ausstellungen zu politischen Themen umfasste, sondern auch seelsorgerische Tätigkeiten, die Auseinandersetzung mit kulturellen Themen sowie berufliche Weiterbildungsangebote mit einschloss. Inwieweit sich dieses liberale Umerziehungsverständnis mit dem der deutschen sozialdemokratischen Emigranten deckte, verdeutlicht u. a. das große Engagement von Männern wie Waldemar von Knöringen und Erwin Schoettle.

Ob die Umerziehung tatsächlich erfolgreich war, hing von mehreren Faktoren ab. Neben dem Zeitpunkt der Gefangennahme spielte auch die geografische Lage eines Lagers und die Art und Weise, wie die Belehrungen durchgeführt wurden, eine Rolle. So zeigten sich insbesondere die früh in Gefangenschaft geratenen und isoliert in Wüstenlagern untergebrachten Soldaten des deutschen Afrikakorps scheinbar eher resistent hinsichtlich der britischen Umerziehungsversuche, was jedoch auch darauf zurückzuführen ist, dass die Qualität des Re-education-Programms im Nahen Osten deutlich schlechter war als in Großbritannien selbst. Grundsätzlich war die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der britischen politischen Kultur dort am größten, wo ein liberales Klima innerhalb des Lagers vorherrschte und Kontakte zur Außenwelt möglich waren. Negativ wirkte sich vor allem die Dominanz unbelehrbarer Nationalsozialisten innerhalb eines Lagers aus. Diese übten teilweise eine regelrechte Terrorherrschaft im Lager aus, die zu Lagerkämpfen zwischen NS-Sympathisanten und Regimegegnern führte.

Die im Rückblick oft romantisierende Vorstellung eines kollektiven Gefangenerlebnisses ist aufgrund dieser Konflikte, die ihre Ursache im Aufeinandertreffen von gefangenen Regimegegnern mit Anhängern des NS-Staates hatten, kaum aufrechtzuerhalten. In der jahrelangen Gefangenschaft setzten sich die Auseinandersetzungen zwischen weltanschaulichen Gegnern nicht nur fort, sondern sie verschärften sich insbesondere dann, wenn offene politische Diskussionen hinter Stacheldraht von der britischen Gewahrsamsmacht gefördert wurden. Diejenigen Kriegsgefangenen, die offen ihre Sympathie für Großbritannien und ihre Gegnerschaft zu Hitler bekundeten, riskierten, wie der Fall Rosterg zeigt, sogar ihr Leben. Somit scheint es durchaus berechtigt, hier von widerständigem Verhalten zu sprechen. Erst mit dem Beginn der Umerzie-

lungsmaßnahmen änderte sich für diese Regimegegner die Situation grundlegend.

Inwieweit das britische Umerziehungsprogramm Früchte getragen hat und auf das demokratische Leben in der späteren Bundesrepublik Deutschland Einfluss nehmen konnte, kann letztendlich nicht beantwortet werden. Wenn das Ergebnis der Umerziehung die Ausprägung von demokratischen Grundhaltungen war, die die Nachkriegsdemokratie in Deutschland geprägt haben, dann ist dies sicherlich als stufenweiser, langfristiger Prozess zu verstehen, der sich erst nach dem Ende der Diktatur langsam entfalten konnte, der aber vielleicht in der Gefangenschaft angestoßen wurde.

Betrachtet man die Zahlen der monatlich von den Briten angefertigten *Progress Reports*, kann man feststellen, dass der Anteil der so genannten „weißen“ Gefangenen mit 10–15% relativ stabil blieb, während der Anteil der „Schwarzen“ kontinuierlich sank und derjenige der „Grauen“ anstieg. Diese Zahlen können aber nur begrenzt als Beweis für eine erfolgreiche Umerziehung herangezogen werden. Denn zum einen waren die zunehmende Akzeptanz der Demokratie und die Entwicklung von demokratischen Grundüberzeugungen vor allem auf das Scheitern der Diktatur und die tiefe Zäsur, die die bedingungslose Kapitulation bewirkt hatte, zurückzuführen. Ferner sind die Zahlen von den das Programm betreuenden *Training Advisers* sicherlich auch zu einem gewissen Teil als eine Art „self-fulfilling-prophecy“ entstanden, die den eigenen Erfolg als Reflex auf die Erwartungen an das Programm dokumentieren.

Beeindruckend erscheint immerhin die Tatsache, dass die Gefangenen keiner anderen Nation rückblickend mit soviel Respekt und Begeisterung von ihrem Aufenthaltsland berichten wie viele Englandheimkehrer. Das hohe Ansehen, das Großbritannien in dieser Hinsicht genoss, wurde jedoch, je weiter der Krieg zurücklag, dadurch gefährdet, dass die britische Regierung aus ökonomischen Interessen heraus zögerte, die Deutschen heimkehren zu lassen. Nachdem nach Beendigung des Krieges im Rahmen der Operationen *Oberon* und *Seagull* zunächst bestimmte Gruppen von Kriegsgefangenen repatriiert wurden, wie die im Rahmen des so genannten *Screening* als Demokraten eingestuften Gefangenen, bestimmte Berufsgruppen und Verwundete, wurde die Rückführung der Gefangenen zunächst eingestellt. Mit der Auseinandersetzung um die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen setzte dann schließlich die letzte Phase der britischen Kriegsgefangenenpolitik ein. London stand dabei vor dem Dilemma, dass einerseits die deutschen Kriegsgefangenen eine wichtige Rolle in der britischen Nachkriegswirtschaft spielten, gleichzeitig aber eben dieser Arbeitseinsatz der Deutschen bewirkte, dass die britische Öffentlichkeit auf ihr Schicksal aufmerksam wurde und zunehmend Druck auf die Regierung ausübte, die Gefangenen endlich zu repatriieren. Nachdem die USA ihre Gefangenen frühzeitig entlassen, bzw. sie u. a. nach Großbritannien überführt hatten, lief die britische Regierung Gefahr, sowohl bei den deutschen Kriegsgefangenen, deren Stimmung sich im Verlauf des Jahres 1947 deutlich verschlechterte, als auch in den Augen der britischen und der deutschen Öffentlichkeit, die sich zunächst

im Länderrat der US-Zone, später auch im Zonenbeirat der britischen Zone für die Freilassung der Kriegsgefangenen einsetzte, Ansehen zu verlieren und somit ein wichtiges Ziel der Re-education, nämlich die Deutschen als „good missionaries“ Großbritanniens auszubilden, zu konterkarieren. Nicht zuletzt aufgrund des anhaltenden öffentlichen Drucks revidierte die britische Regierung ihr ursprüngliches Entlassungsschema zugunsten der Gefangenen.

Drei Jahre nach Kriegsende kehrten die letzten deutschen Soldaten aus britischem Gewahrsam zurück. Doch obwohl die USA ihre Gefangenen früher repatriierten, war es Großbritannien, das bei den zurückkehrenden Veteranen das höchste Ansehen genoss.<sup>1</sup> Bei keiner anderen Gewahrsamsmacht des Zweiten Weltkrieges entwickelte sich im Laufe der Jahre ein Verhältnis zwischen Gewahrsamsmacht und Kriegsgefangenen, das trotz aller Schwierigkeiten vor allem von gegenseitigem Respekt geprägt war. Die liberale Haltung der Briten, insbesondere hinsichtlich der Umsetzung des Re-education-Programms, hatte entscheidenden Anteil daran, dass viele Englandheimkehrer der englischen Demokratie und Lebensart eine große Wertschätzung entgegenbrachten.

---

<sup>1</sup> S. Smith, Heimkehr, S. 82.